

beiter und Soldaten. Die Räte waren für die KPD — ganz in der Tradition der Leninschen Sowjettheorie und der Praxis der Pariser Kommunisten — Massenorganisationen und staatliche Machorgane zugleich, bei denen alle Staatsgewalt konzentriert war, die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz in sich vereinigten und über die ökonomischen und ideologischen Machtmittel der Gesellschaft verfügten. In der „Roten Fahne“ vom 18. November 1918 forderte Rosa Luxemburg: „Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte.“⁷ Im Parteiprogramm der KPD wurde diese Position dann auch in Detailfragen ausgeformt.⁸

3. Die KPD wußte, daß die in der Novemberrevolution geschaffenen Räte nur dann in Inhalt und Form proletarische Organisationsformen sein konnten, wenn in ihnen die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse die Mehrheit hatten, also führten. Ganz im Sinne Lenins war „die Eroberung einer kommunistischen Mehrheit in den Räten“ unerläßliche Voraussetzung für deren Klassencharakter als Arbeitermachorgane.⁸ Sehr viele der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte waren aber nur der Form nach proletarisch, im Inhalt jedoch „bürgerlich-reformistisch“¹⁰, weil in ihnen rechtssozialdemokratische Gegner der Revolution in der Mehrheit waren.

4. Die KPD sah von ihrer Gründung an, daß die Diktatur des Proletariats notwendigerweise demokratisch organisiert sein muß. Am 20. November 1918 schrieb Rosa Luxemburg: „Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ‚Anarchie‘ ..., sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus ... im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.“⁹ Und im Gründungsparteiprogramm der KPD ist zu lesen: Die „Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“¹²

Der sozialistische Staat ist Machtausübung durch die gesamte Arbeiterklasse und deren Verbündete, vor allem das „landlose Proletariat“ und das „Kleinbäuerntum“. Die Machtausübung der arbeitenden Menschen wird zugleich als Lernprozeß begriffen. Nur indem Macht tatsächlich ausgeübt wird, kann Machtausübung erlernt werden.¹³ In diesem Sinne hatte Rosa Luxemburg ausgeführt: „Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden.“¹⁴ In der Diskussion machte allerdings Max Levien zu Recht darauf aufmerksam, daß sozialistische Demokratie auch demokratischen Zentralismus erfordere. Machtergreifung bedeute auch „die Ergreifung der ‚Macht in der Zentrale‘.“¹³ Daher wandte sich beispielsweise der Parteitag gegen Forderungen, die Diktatur des Proletariats zunächst nur in einzelnen deutschen sozialistischen Republiken zu errichten und diese erst nach und nach zu einer einheitlichen sozialistischen Republik zusammenzufassen: „Die Revolution bekommt ihre Macht nur dadurch, daß sie überall in einen großen Strom geleitet wird. Diese Leitung ... ist bei der Zersplitterung, die die bundesstaatliche Aktion mit sich bringen wird, unmöglich.“¹⁸

5. Die KPD ließ vom ersten Tage ihrer Existenz an keinen Zweifel daran aufkommen, daß Diktatur des Proletariats nicht mit terroristischer Gewalt gleichzusetzen ist. „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors; sie haßt und verabscheut den Meuchelmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft“, heißt es im Gründungsparteiprogramm.¹⁷ Allerdings wußte die Arbeiterklasse aus geschichtlichen Erfahrungen, daß jede herrschende Ausbeuterklasse ihrer politischen und ökonomischen Entmachtung Widerstand entgegensetzen wird. Von der Intensität und den Formen dieses Widerstandes hängen die erforderlichen Reaktionen der Rätemacht jeweils ab. „Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt wer-

den, den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse, den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen ... die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse.“¹⁸

6. Schließlich: Die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist erforderlich, um „den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern“.¹⁹ Frieden und Sozialismus sind für die KPD seit dem Tage ihrer Gründung eine untrennbare Einheit. Daraus folgten für sie internationale Aufgaben: „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslands, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.“²⁰

Herankommen an die Diktatur des Proletariats

Die KPD hat ihre staatstheoretische Konzeption auf dem Gründungsparteitag formuliert als Anleitung zur Fortführung der Novemberrevolution zu einem sozialistischen Ergebnis. Es kam ihr — wie Karl Liebknecht am 28. November 1918 feststellte — darauf an, die Revolution aus einer „bürgerlich-politischen Reformbewegung“ zu einer proletarischen Massenaktion weiterzuentwickeln und deshalb „die gesamte gesetzgebende, vollziehende, richterliche Gewalt ... ausschließlich in den Händen der städtischen und ländlichen Arbeiter einschließlich des nur scheinbar selbständigen kleinen Mittelstandes und der proletarischen Soldaten“ zu konzentrieren.²¹ Insofern forderte die KPD die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Gegenwartsaufgabe. Für staatliche Formen des Herankommens an die Diktatur des Proletariats, des Übergangs zum sozialistischen Staat war jedoch im Jahre 1918/1919 in der Strategie und Taktik der KPD kein Raum.

Allerdings ist zu sehen, daß die proletarische Revolution für die KPD Prozeßcharakter hatte. Das Gründungsparteiprogramm hielt fest: „Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.“²² So könne z. B. — wie Rosa Luxemburg begründete — die Regierung Ebert/Scheidemann nicht sofort durch eine „sozialistisch-proletarisch-revolutionäre Regierung“ ersetzt werden, sondern müsse erst „durch einen sozialen, revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt“ unterminiert werden.²³ Aus den konkreten Bedingungen der Revolution in Deutschland Ende des Jahres 1918 ergäbe sich, daß der bürgerliche Staat von unten „ausgehöhlt“ werden müsse, „indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.“²⁴

Zur Dialektik von Diktatur des Proletariats und bürgerlichem Parlamentarismus

Die Erarbeitung marxistisch-leninistischer Positionen in der Staatsfrage vollzog sich auf dem Gründungsparteitag der KPD in ständiger Auseinandersetzung mit reformistischen und linksradikalen Auffassungen. Das beförderte die Beschlüsse des Parteitages nicht in allen Punkten. Insbesondere in zwei wichtigen Fragen setzten Linksradikale ihre Meinung durch: in der Gewerkschaftsfrage und im Beschluß über die Nichtteilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung. Beide Problemkreise waren und sind von erheblicher staatstheoretischer und staatspraktischer Tragweite — geht es doch um die Frage der Ausnutzbarkeit von Elementen des politischen Systems der herrschenden Bourgeoisie für die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Die Zentrale des Spartakusbundes hatte den Parteitagsdelegierten vorgeschlagen, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. Vor allem Paul Levi, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Käthe Duncker und Fritz Heckert hatten zur Begründung angeführt:²⁵

1. Die zu wählende Nationalversammlung wird ein bürgerliches Parlament, Institution der Gegenrevolution sein, in der